

Die Kirchenunion im 19. Jahrhundert

7-1H – Fact-Sheet von Manuel Neumann, Quellen: Wallmann, 208-219

Preußische Union

Zu den Reformplänen des **Freiherrn von Stein** um 1810 gehörten:

- 1) Die Reform der kirchlichen Verfassung (☞ organisatorische Selbständigkeit).
- 2) Die Reform des Gottesdienstes.
- 3) Die Union zwischen Lutheranern und Reformierten.

Obwohl **Schleiermacher** seit 1808 die Zusammengehörigkeit der drei Reformen betonte, trieb der preußische Staat nur die Union und die Agendenreform voran. Zum 300jährigen Jubiläum von Luthers Thesenanschlag 1817 rief König **Friedrich Wilhelm III.** in Preußen zur Union zwischen Lutheranern und Reformierten auf. Der König erhoffte sich eine große Nachahmung in anderen Gebieten, denn die Zustimmung beim Volk war groß.

Außerpreußische Unionen

Kurz vor der preußischen Union wurde im Herzogtum Nassau ein staatliches *Dekret* verabschiedet, das die Vereinigung der beiden protestantischen Landeskirchen zur einzigen „Evangelisch-Christlichen Kirche“ (**Verwaltungsunion**) vorsah, eine neue einheitliche Liturgie (**Kultusunion**) schuf und die jeweilige konfessionelle Bekenntnisgrundlage tilgte (**Konsensusunion**). In ähnlicher Form wurden 1818-22 weitere unierte Landeskirchen geschaffen: Pfalz 1818, Baden 1821, Rhein-Hessen 1822.

Der Agendenstreit 1822-29

Schon wenige Jahre nach der preußischen Union entstand ein heftiger Streit zwischen König und Geistlichen. Während alle auf eine Synodalreform warteten, ließ der König 1822 eine eigenhändig verfasste Agenda am Berliner Dom einführen. Die Agenda war zusammengestückelt aus Formularen der Reformationszeit, was eine Absage an moderne Liturgieformen bedeutete. Beendet wurde der Streit 1829 durch den Kompromiss, dass die einzelnen Provinzialkirchen eine Alternativagenda anhängen durften. Damit war die Agenda praktisch überholt. Die lutherischen Kirchen, die die Agenda dennoch verweigerten, durften erst 1841 unter **Friedrich Wilhelm IV.** eine eigene Organisation bilden (☞ Altlutheraner).

Rückbildung der Union und lutherischer Konfessionalismus

Der Agendenstreit förderte das Wiedererwachen des konfessionellen Bewusstseins. 1834 wurde die Verbindung von Agenda und Union gelockert. Damit war die Fortexistenz der beiden Konfessionen anerkannt. Nun gab es in Preußen drei nebeneinander stehende Gemeindetypen: unierte, lutherische, reformierte.

Der Versuch auf der Generalsynode 1846, die Union durch ein Unionsbekenntnis von **Nitzsch** weiterzubilden, misslang. Es wurde als Nitzschenum verspottet. Reformierte und Lutherische Bekenntnisse blieben vorhanden.

Probst **Claus Harms** (1778-1855) griff 1817 mit seinen 95 Thesen den Rationalismus an, die ebenso die Unionspläne attackierten. Er wollte sich wieder ganz auf die konfessionellen Grundlagen stützen und ein reines Luthertum erwecken. Auswirkung dieses Neuluthertums war die Gründung einer eigenen Landeskirche.

Zu den beiden theologischen Hochburgen der Neulutheraner bildeten sich Erlangen und Leipzig heraus. 1848 wurde auf der Leipziger Konferenz der Neulutheraner das Ziel einer gesamtdeutschen lutherischen Bekenntniskirche verabschiedet. Doch als nach dem preußischen Sieg von 1866 die Ausdehnung der Union auf die neu-preußischen Provinzen drohte, fand sich das Neuluthertum 1868 zu einem losen Verbund zusammen.

Kampf um die Einführung der Presbyterial-Synodalordnung in Preußen

1816 wurden mit mäßigem Erfolg Kreis- und Provinzialsynoden einberufen. Eine Landessynode wurde nicht genehmigt. Nur im Rheinland und Westfalen wurde die bisherige Presbyterialordnung beibehalten.

Als **Friedrich Wilhelm IV.** 1840 König wurde, begann ein neuer Anlauf zur Einführung der Presbyterial-Synodalordnung. 1846 berief der König die erste gesamtpreußische Generalsynode ein, die aber ohne Folgen blieb. 1848 berief **Graf Schwerin** eine Kommission ein, die einen Entwurf einer Presbyterial-Synodalordnung entwickeln sollte. Aber die gescheiterte Revolution bedeutete das Ende der Kirchenverfassungspläne. Die verwaltungsmäßige Trennung von Staat und Kirche wurde durch den Evangelischen Oberkirchenrat vollzogen. Erst 1873 weitete der liberale Kultusminister **Adalbert Falk** das im Rheinland erprobte Modell einer Synodalverfassung von 1835 auf ganz Preußen aus. Nun entstand die kirchliche Selbstverwaltung und seit 1876 ist die Generalsynode die höchste legislative Gewalt in der preußischen Landeskirche.

Kirchliche Parteiwesen

Mit der Synodalordnung zog das Parteiwesen in die Kirche ein. *Rechter Flügel*: Konfessionellen; Gegner der Union. *Linker Flügel*: Bekenntnisfreie Liberale, seit 1863 Protestantenverein. *Mittelpartei*: Der Union verpflichtet, auf theologisch-wissenschaftliche Freiheit beruhend.

Die Mehrheit erhielt nach heftigen Kämpfen eine vierte Partei: Die *Positive Union* war erst zur Generalsynode 1876 gegründet worden. In der Bekenntnisfrage nahm sie einen streng orthodoxen Standpunkt ein, bejahte aber im Gegensatz zu den Konfessionellen die Union. Sie verdrängt die Liberalen und gewann immer mehr Zustimmung und prägte die kirchenpolitische Landschaft bis ins 20. Jahrhundert.